



ARTIKEL VON G. OETTINGER & A. TAJANI: Für eine vorausschauende Industriepolitik

Fremde Federn: Günther Oettinger und Antonio Tajani Für eine vorausschauende Industriepolitik Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ist in zunehmendem Maß von den Energiekosten abhängig. Dies liegt daran, dass die Energiepreise in Europa deutlich gestiegen sind - allein in den letzten sieben Jahren um 27 Prozent. Zudem sind die Energiekosten mittlerweile nach den Arbeitskosten der größte Kostenfaktor in einem Industrieunternehmen. Auf kurze Sicht besteht auch keine Aussicht auf Besserung: Die europäischen Energiepreise, die ohnehin zu den höchsten in der Welt zählen, dürften noch weiter steigen. Dabei spielt auch die Klimapolitik der EU eine Rolle. Weil die EU bis 2050 den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft schaffen will, sind in den nächsten Jahren hohe Investitionen vonnöten. Deutschland ist in Europa keine Ausnahme - die Energiepreise gehören sogar zu den höchsten in Europa. Zwar sind die energieintensiven Unternehmen, wie Aluminium- oder Stahlproduzenten, von der Ökostrom-Umlage entlastet. Aber die Kosten werden auf die Haushalte, andere Industriezweige und Unternehmen umgewälzt. Im Vergleich zu Europa sind die Energiepreise in anderen Regionen der Welt, vor allem in den Vereinigten Staaten und Kanada, mehr oder weniger stabil, und sie werden es wohl auch bleiben. Der Grund ist günstiges Schiefergas. In den Vereinigten Staaten beträgt der Großhandelspreis lediglich ein Drittel zu dem in Europa, und auch der Strompreis liegt unter dem europäischen Wert, weil Gas auch zur Stromerzeugung genutzt wird. Was bedeutet dies für unsere Industrie? Und vor allem für die Unternehmen, die auf Energie zu Wettbewerbspreisen angewiesen sind, um auf den Weltmärkten bestehen zu können? Jean-Pierre Clamadieu, CEO des fran-ko-belgischen Chemiemultis Solvay S.A., rechnete vor, dass er die Energiekosten seines Unternehmens von 500 Millionen Euro pro Jahr auf 300 Millionen Euro reduzieren könnte, wenn er den Standort seines Unternehmens in die Vereinigten Staaten verlegen würde. Ist das nun aber nur provokant formuliert? Oder besteht tatsächlich die Gefahr, dass ganze Industriezweige, beispielsweise die Aluminiumproduktion mit ihrem Jahresumsatz von 31,4 Milliarden Euro und 106 800 Beschäftigten im Jahr 2009, der EU den Rücken kehren? So weit wird es wohl nicht kommen. Aber der Trend zur Deindustrialisierung in der europäischen Wirtschaft, der bereits eingesetzt hat, könnte dadurch verstärkt werden. Von 2000 bis 2011 ging der Anteil der verarbeitenden Industrie an der Bruttowertschöpfung in der Europäischen Union auf 16 Prozent zurück. Was ist nun zu tun? Erstens brauchen wir eine proaktive europäische Industriepolitik. Diese Politik sollte nicht nur der Tatsache Rechnung tragen, dass eine starke verarbeitende Industrie auch wesentlich dazu beitragen kann, die Europäische Union aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise herauszuführen. Angesichts des rückläufigen Anteils der Industrie an der Bruttowertschöpfung ist eine politische Zielvorgabe sinnvoll - allein schon als symbolischer Akt zur Umkehr dieses Trends. In dem Strategiepapier, das die EU-Kommission an diesem Mittwoch vorlegen wird, wird das Ziel formuliert, den Anteil am Bruttoinlandsprodukt von derzeit rund 16 Prozent auf 20 Prozent im Jahr 2020 zu erhöhen. Zweitens sollte die Industriepolitik auch berücksichtigen, dass die Energiepreise zu den wichtigsten Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit zählen und daher genauso wichtig sind wie qualifizierte Arbeitskräfte, ein gutes Investitionsklima, Innovation, der Schutz geistigen Eigentums und die Rohstoffpreise. Zwar sollten wir die Vereinigten Staaten bei der Schiefergasgewinnung nicht eins-zu-eins nachahmen, dennoch sollten wir diesem Energieträger gegenüber aufgeschlossen sein. Zudem können wir die Gaspreise auf ein dem Wettbewerb zuträgliches Niveau bringen, indem wir unsere Erdgasversorgung durch neue Pipelines und Flüssiggas-Terminals diversifizieren. Drittens müssen wir in der gesamten EU für eine leistungsfähige Gas- und Strominfrastruktur sorgen, so dass wir Energie dort erzeugen können, wo dies am sinnvollsten ist, und dann an industrielle Verbraucher liefern können, unabhängig von deren Standort. Viertens brauchen wir einen funktionierenden Binnenmarkt für Strom und Gas, der frei von Wettbewerbsverzerrungen und staatlichen Eingriffen ist. Dies ist nicht nur für die erfolgreiche Umgestaltung unseres Energiesystems in Richtung CO₂-arme Wirtschaft unerlässlich, sondern vor allem für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Günther Oettinger ist EU-Energiekommissar, Antonio Tajani ist EU-Industriekommissar